



## DER AUTOR



**Prof. Dr. Thomas Straubhaar**

*Direktor des HWWI*

*Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschafts-Instituts (HWWI).*

*Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.*

## KONJUNKTURPROGRAMM

### Warum Deutschland kein öffentliches Konjunkturprogramm braucht!

Auf fast 170 Milliarden Dollar beläuft sich das letzte Woche vom amerikanischen Parlament in Rekordzeit beschlossene Konjunkturprogramm. Damit soll ein Abgleiten der US-Wirtschaft in eine Rezession verhindert werden.

**Wäre eine ähnliche staatliche Hilfe auch in Deutschland angezeigt? Die Antwort lautet klar und eindeutig: nein! Für ein überstürztes Konjunkturprogramm gibt es weder einen Grund noch eine Notwendigkeit. Zwar läuft auch hierzulande der Wachstumsmotor nicht mehr so rund wie in den letzten beiden Jahren. Aber von einem wirtschaftlichen Absturz, der eine eilige staatliche Ankurbelung erfordern würde, ist Deutschland – gottlob – noch weit entfernt.**

Fallende Börsenkurse hin oder her hat die deutsche Wirtschaft ein durchschnittliches Jahr vor sich. Kein so gutes wie die beiden letzten Jahre, aber deutlich besser als zu Beginn des Jahrzehntes. Die Arbeitslosigkeit wird weiter sinken, die Beschäftigung wird weiter wachsen. Der Export wird immer noch kräftig zulegen, wenn auch spürbar langsamer als zu Zeiten des Sommermärchens. Vor allem aber ist Deutschland weder von einer Immobilienkrise noch von einer Finanzkrise, noch von einer Schwäche der Binnennachfrage geschüttelt. Die deutlich verbesserte Beschäftigungslage wird sich auf den privaten Konsum positiv auswirken. Erstmals seit langem darf sich der deutsche Einzelhandel in diesem Jahr auf ein etwas höheres, wenn auch immer noch zu bescheidenes reales Umsatzplus freuen.

Deutschlands Wirtschaft geht es noch einigermassen gut. Das heißt nicht, dass es

nicht besser gehen könnte, und es bedeutet auch nicht, dass nichts zu tun wäre. Im Gegenteil, die Zeit drängt, mehr denn je. Aber nicht für kurzatmige konjunkturelle Schnellschüsse. Die wirtschaftspolitische Stoßrichtung muss auf die strukturellen, längerfristigen ökonomischen Rahmenbedingungen gerichtet sein. Kleinere und mittelgroße Industriebetriebe sind von Abgaben, Bürokratie- und Regulierungskosten zu befreien, damit sie auch in Zukunft das Rückgrat einer kräftigen deutschen Wirtschaft bilden können.

**Vor allem aber sollten die Beschäftigten von Steuern und Abgaben raschest möglich entlastet werden – und nicht erst nach der Bundestagswahl 2009. So wären sie früher in der Lage, mehr Geld auszugeben. Das würde den privaten Konsum nachhaltig stärken und zwar bereits im nächsten Winter, wenn die deutsche Konjunktur einem Härte-test ausgesetzt sein wird.**

Noch hat Deutschland eine Schonfrist. Noch ist die Wirtschaft robust genug, der amerikanischen Wachstumsschwäche erfolgreich zu trotzen. Überhasteter Aktionismus ist somit weder notwendig noch zielführend. In der zweiten Jahreshälfte sind jedoch heute schon neue bedrohliche Wolken am südostasiatischen Konjunkturhimmel deutlich erkennbar. Ein früheres oder späteres Platzen der chinesischen Blase dürfte Deutschland härter treffen, als das bei den Folgeproblemen der amerikanischen Subprime-Krise der Fall war. Deshalb gilt es jetzt, jene strukturellen Schritte in Wege zu leiten, die ab Jahresende 2008 für die deutsche Konjunktur eine stabilisierende Wirkung entfalten könnten, ja, entfalten müssten.

*Dieser Beitrag ist am 14. Februar 2008 im „Rheinischen Merkur“, Nr. 7, erschienen.*